Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.

Erscheint an allen Werktagen. Abonnement in der Stadt vierteljährl. M. 1.35 monatl. 45 Pf. Bei allen württ. Postanstalten und Boten im Orts- u. Nachbarortsverkehr viertelj. M. 1.35, ausserhalb desselben M. 1.35, hiezu Bestellgeld 36 Pfg.

Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Verkündigungsblatt der kgl. Forstämter Wildbad, Meistern, Enzklösterle ꝛc.

während der Saison mit amtl. Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pfg. Auswärtige 10 Pfg., die kleinspaltige Garmondzeile. Reklamen 15 Pfg. die Petitzeile. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Abonnements nach Uebereinkunft.

Telegramm-Adresse: Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 20 — Montag den 26. Januar 1914 — 31. Jahrg.

Rückkehr zum Idealismus.

In der „Hilfe" spricht Reichstagsabg. Payer über das Jahr 1848. Er zeigt, daß wir heute noch viele Rechte nicht haben, welche die „Grundrechte" bestimmten. Aber der Mangel an innerer Freiheit und Selbständigkeit scheint Payer bedenklicher zu sein, als daß einzelne Rechte, die sich damals das Volk errang, heute wieder fehlen oder wenigstens nicht verbrieft sind. Es verdient volle Beachtung, schließt Payer seinen Artikel, daß seit einigen Jahren aus dem Munde all derer, die von einer höheren Warte aus für das Wohl unseres Volkes besorgt sind, gleichmäßig der Ruf nach Rückkehr zum Idealismus ertönt.

Wer den Kampf fürchtet, wird den Frieden nicht lange haben, und es ist falsch zu glauben, man könne ohne Schaden die idealen Güter vernachlässigen, wenn man dafür entsprechenden Ersatz in materiellen Vorteilen erhalte. Niemand kann das tun, ohne daß er Schaden nähme an seiner Seele, und wer es tut, wird, wenn er nicht zu den Großen gehört, bald erfahren, daß er nur die Geschäfte dieser besorgt, ihre politische und wirtschaftliche Macht zu seiner Schaden gesteigert hat. Die Erfahrung lehrt, daß nur, wenn wirtschaftlicher und politischer Aufschwung Hand in Hand gehen, ein Volk wirklich vorwärts kommt. Wo dies nicht zutrifft, wird das Volk beim scheinbar besten Wohlergehen bald engherzig, kleinlich und bevormundet sein und auch derjenigen Initiative und Kraft entbehren, die schon für das wirtschaftliche Vorwärtskommen allein unentbehrlich sind.

Aber ganz abgesehen von diesen mehr geschäftlichen Erwägungen muß doch jedem von uns das angeborene Gefühl für Selbständigkeit zeigen, daß der Mann aus dem Volke im Deutschen Reich, so oft er auch wählen darf und so radikal er wählen mag, gegenüber dem Selbstgefühl der Vertreter des Heeres und der Beamtenschaft wie gegenüber den auf Geburt gestützten Ansprüchen die Stellung noch nicht errungen hat, die er nach seinem eigenen Empfinden beanspruchen muß. Die Anläufe, die wir ab und an nehmen, uns diese Stellung zu verschaffen, können, so wertvoll sie im einzelnen sind, die beharrliche Arbeit nicht ersetzen. Wirklich vorwärts werden wir erst kommen, wenn wir neben der wirtschaftlichen Tätigkeit auch dem politischen Gemeinsinn von 1848 wieder sein Recht einräumen, und wenn wir uns der Einsicht nicht verschließen, daß auch in der Politik der Kampf um die höchsten Ideale mit Aussicht auf Erfolg nicht ausgefochten werden kann ohne die oft recht prosaisch empfundenen Tugenden der Aufopferung, Disziplin und Selbstzucht.

Zabern im Reichstag.

Sitzung vom 23. Januar 1914.

Am Bundesratstische: Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg, die Staatssekretäre Dr. Delbrück, Lisco, Kühn, preußischer Kriegsminister v. Falkenhayn.

Das Haus und die Tribünen sind stark besetzt.

Präsident **Dr. Kaempf** eröffnete die Sitzung um 12 Uhr 5 Minuten.

Auf der Tagesordnung stand zunächst die Anfrage des Abg. **Dr. Quark-Frankfurt** (Soz.) über Ergänzung der deutschen Gesetze und Verordnungen über den Handel mit Giften durch Einbeziehung seuchenerregender Mikroorganismen in das amtliche Verzeichnis der Gifte sowie eine internationale Regelung des Handels mit Gift usw.

Direktor im Reichsamt des Innern **v. Jonquières:** Die Vorschriften über den Handel mit Giften und Bakterien haben bis jetzt genügt. Es bestehen aber Erwägungen, im Anschluß an die Erfahrungen, die der Giftmordprozeß Hopf gezeitigt hat, diese Frage auf internationalem Wege zu regeln.

Es folgten die

Interpellationen

der Sozialdemokraten und der Fortschrittlichen Volkspartei betreffend die kriegsgerichtlichen Verhandlungen über die Vorgänge in Zabern sowie die Befugnisse der Militärbefehlshaber zur Ausübung der öffentlichen Gewalt.

Zur Begründung der sozialdemokratischen Interpellation erhielt zunächst das Wort

Abg. **Dr. Frank-Mannheim** (Soz.): Für uns handelt es sich in dem Prozeß, der jetzt vom Gericht entschieden ist, nur darum, ob es in unserem Verfassungsstaate vorwärts oder rückwärts gehen soll. Auch der Reichskanzler weiß ganz genau, um was es sich handelt. Er hat das Vorgehen des Militärs am 3. Dezember für ungesetzlich erklärt. Diese Erklärung hat er mit dem vollen Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit abgegeben. Dann kam die Hetze der Konservativen und der Angriff im Herrenhaus; da wurde der Reichskanzler vorsichtiger und erklärte: die Armee ist die stärkste Stütze für Ordnung und Recht. Das sagte der gleiche Reichskanzler, der wenige Tage vorher erklärt hatte, daß die Armee von einem gewissen Zeitpunkte ab Gesetz und Recht verletzt habe. (Hört! Hört! bei den Soz.) Am 10. Januar kam dann die Freisprechung der Offiziere Forstner, Schad und Reuter. Diese Urteile waren Kolbenstöße gegen den Reichskanzler. (Sehr richtig! bei den Soz.) Was tut nun der Reichskanzler, um sein dem Reichstage gegebenes Wort, die versprochene Sühne, einzulösen? Er verzichtet auf das Rechtsmittel der Berufung und Revision in diesen Prozessen. (Hört! Hört! b. d. Soz.) Es scheint, daß der Reichskanzler hier einmal nicht gehandelt hat nach dem Standpunkte der Gerechtigkeit, sondern nach dem, was er für politisch notwendig gehalten hat. Wir aber, und mit uns viele, viele Millionen im Volke, sind der altmodischen Meinung, daß nichts in der Welt politisch so notwendig ist, als die Gerechtigkeit. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Es ist dann angekündigt worden: der Kaiser wird die bestrittenen Vorschriften über den Waffengebrauch nachprüfen lassen. Man will Zeit gewinnen, man will einschläfern, man will nichts tun. Wenn der Reichskanzler den Verzicht auf die Rechtsmittel verantworten will, dann hätte es nur eine einzige zureichende Begründung gegeben und diese Begründung hätte lauten müssen: Meine Herren, ich bin zu der Überzeugung gekommen, daß die Kriegsgerichte namentlich in solchen Konflikten, ihre Aufgaben nicht erfüllen können. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Hier urteilen nicht Richter über Recht, sondern Kameraden vor Kameraden in eigener Sache. Die Urteile von Straßburg beweisen garnichts über die Schuld oder Nichtschuld der Offiziere oder der Zivilverwaltung. Sie beweisen einzig und allein die Unhaltbarkeit der Militärgerichtsbarkeit. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Kein juristischer Begriff ist im Gesetz klarer zum Ausdruck gebracht, als der Begriff der Notwehr. Das Kriegsgericht aber stellt es so dar, daß der Offizier, der einen von mehreren Soldaten gehaltenen lahmen Mann auf den Schädel haut, in Notwehr gehandelt hat. (Große Unruhe links.) Es ist bezeichnend, daß wir im Anschluß an die

Jahrhundertfeier

uns darüber unterhalten müssen, ob eine solche Order, wie die von 1820, aus der Zeit der tiefsten Erniedrigung des deutschen Volkes, (Sehr richtig!) noch zu Recht besteht. Das ist das Regierungsgeschenk zur Jahrhundertfeier (Sehr richtig!) und kein unverdientes. Mag man auch darüber streiten, ob diese Order für Preußen Gültigkeit hat, für Elsaß-Lothringen ist sie auf jeden Fall ungültig. Selbst auf dem Boden der Order von 1820 hatte eine Bestrafung der Offiziere zu erfolgen. Nach ihr kann nur bei Aufruhr eingeschritten werden. Man wollte es zum offenen Konflikt kommen lassen. Der Vertreter des Kreisdirektors hat den Oberst von Reuter ausdrücklich über das geltende Recht belehrt. Diese Belehrung hat er zurückgewiesen. Oberst v. Reuter hat gemeint, daß, wenn einem 19jährigen Leutnantchen ein Wort zugerufen wird, gleich Blut fließen und eine Stadt unter ein Schreckensregiment gesetzt werden muß. Er hat sich auch in sehr abfälliger Weise über die Spitzen der Behörden und die Staatsanwaltschaft geäußert, und diesen Mann, der so mit den Bürgern umspringt, und solche Ansichten von den Behörden hat, verherrlicht man als Helden. (Zurufe, Unruhe und Unterbrechungen.) Es ist eine planmäßige Hetze gegen das Gesetz und das Recht zu gunsten der Offiziere gewesen, wie sie von den Konservativen und der Kamarilla geführt wurden. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Etwas Frohes, Seele, denk dir aus,
etwas Frohes, bring mit dir ins Haus!
Etwas Frohes trag hinein ins Weh:
Sonne blinzt so schön auf Eis und Schnee.

Durch eigene Kraft.

Von Otto Elster.

8] (Nachdruck verbot n.)

4.

Mehrere Monate wanderte Herbert mit dem Zirkus Bernatzky im Lande umher, von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf. Wo ein Jahrmarkt gefeiert wurde oder eine Kirchweih stattfand, da schlug Bernatzky seinen Tempel der equilibristischen Kunst auf. Manchmal waren die Einnahmen gut und dann ging es bei Herrn Bernatzky hoch her; er zahlte die rückständigen Gagen und lud die vornehmsten Mitglieder seines Personals zu einem oder mehreren Gläsern Punsch ein; manchmal waren die Einnahmen erbärmlich und man mußte froh sein, wenn man das Notwendigste zum Unterhalt der Menschen und Tiere anschaffen konnte. An eine Bezahlung der Gagen war dann nicht zu denken, und wer keine Ersparnisse aus fetten Zeiten besaß, der hungerte sich eben durch.

Herbert, als das vornehmste Mitglied der Gesellschaft, fand auch in den schlechtesten Zeiten bei der Familie des Direktors einen Unterschlupf. Diese Familie bestand außer dem Herrn Direktor selbst aus dessen Gattin, eine wohl zweihundert Pfund schwere Dame, der man es wahrlich nicht mehr ansah, daß sie früher auf dem Pferde, die zierlichsten Tänze aufgeführt, durch Reife gesprungen war und als „Königin der Feen" im Ballet Triumphe gefeiert hatte, aus zwei Rangen von fünfzehn und sechzehn Jahren, die sich zum Leidwesen des Vaters der Akrobatik zugewandt hatten und die verwegensten Kunststücke ausführten, und aus „Miß Ellen", der Löwenbändigerin, oder Helene Bernatzky, wie sie im bürgerlichen Leben hieß, ein hübsches, kräftiges Mädchen von zwanzig Jahren, das die enthusiastische Bewunderung aller Ladenjünglinge erregte, wenn sie, umgeben von den drei zahnlosen Löwen und dem mürrischen Bären, im Glanze des elektrischen Scheinwerfers auftrat und mit den Bestien allerhand harmlose Kunststücke ausführte, die dennoch den Jünglingen und Jungfrauen der kleinen Städte und Dörfer ein gelindes Gruseln bereiteten. Im Uebrigen tanzte „Miß Ellen" auch auf dem „Nudelbrett" oder auch auf dem bloßen breiten Rücken eines geduldigen Schimmels, der sich durch seinen Lärm, kein Peitschengeknall, kein Feuerwerk oder dergleichen künstlerische Zugaben aus seinem behaglichen Trott bringen ließ, sodaß man so sicher auf seinem Rücken tanzen konnte, wie auf dem festen Fußboden.

„Miß Ellen" war, wie gesagt, ein hübsches kräftiges Mädchen mit einem gutmütigen Gesicht, hübschen, sanften, braunen Augen und einem vollen kirschroten Mund, der beim Lächeln eine Reihe weißer, tadelloser Zähne sehen ließ. Sie war der Schwarm aller kunstbegeisterten Jünglinge und erregte den Neid aller gefühlvollen, phantasiereichen jungen Mädchen, die sich in die Rolle einer Löwenbändigerin oder einer „Königin der Elfen", die auf prächtigen Schimmeln zu tanzen pflegte, hineinträumten.

„Miß Ellen" kümmerte sich jedoch weder um die schmachtenden Jünglinge, noch um die träumenden Backfische, denn sie selbst schwärmte und träumte, seit Herbert Mitglied der Truppe geworden war. Seine blauen, lachenden Augen, seine blonden Locken, sein vornehmes Wesen hatten es dem armen Mädchen angetan; sie sah in ihm das Ideal ihres Lebens und ihrer Liebe; sie verehrte ihn bedingungslos und träumte davon, mit ihm in die weite Welt hinauszuziehen, da sie sich einbildete, ihre Eltern zürnten ihr wegen ihrer Liebe.

Das war durchaus nicht der Fall. Im Gegenteil würde Bernatzky Herbert sehr gern durch Familienbande an sich geknüpft haben, aber er sah ein, daß Herbert sich niemals dazu bereit finden würde, war dieses Kunstreiterleben doch nur eine Episode in dem Leben des jungen Mannes, des Sohnes des Millionärs. Diese Ansicht äußerte Herr Bernatzky auch seinem Töchterchen gegenüber in unverhohlener Weise, und seit jener Stunde hieß „Miß Ellen" ihren Vater für einen Tyrannen, der nur darauf sann, ihr Lebensglück zu zerstören.

Herbert erkannte sehr bald, wie es um das Herz Miß Ellens stand; er hielt sich zurück, er war nicht leichtfertig genug, das Vertrauen des gutmütigen und leidenschaftlichen Mädchens zu mißbrauchen. Aber er fachte durch seine Zurückhaltung die Flammen ihrer Leidenschaft nur noch mehr an.

Es war Herbst geworden. Der Zirkus Bernatzky lagerte wieder auf dem Gemeinde-Anger von Wendhausen, auf dem sich das Schicksal Herberts im Frühling entschieden hatte. Jetzt war Direktor Bernatzky zurückgekommen, da ihm die große Herbstkirchweih, mit der ein Pferde- und Viehmarkt verbunden war, für seine geschäftlichen Aussichten günstig schien. Die Ernte war vorüber, die Landwirte hatten den Beutel voll baren Geldes; von weit und breit kamen die Gutsbesitzer, die Domänenpächter, die großen und kleinen Bauern zu diesem Markt nach Wendhausen, und das Geld saß ihnen lose genug in der Tasche. Nach einem Jahr harter Arbeit, schwerer Not und Sorge gab man sich gern einmal ein paar Tage dem Genuß und der Fröhlichkeit hin.

Der „Rote Löwe" war angefüllt von den behäbigen Gestalten der Landwirte. Im Herrenzimmer saßen die großen Gutsbesitzer und die Domänenpächter; in der Gaststube drängten sich die Bauern, die es den Domänenpächtern und adligen Gutsbesitzern gleichtun wollten. Da knallten die Champagnerpfropfen! Da wurde mancher Flasche Rotspohn der Hals gebrochen, und abends dröhte der Saal im oberen Stockwerk von den schweren Schritten der tanzenden Burschen und Mädchen.

Und dann kam das Hauptvergnügen: der Kirchweih-Montag, wo Alles, Jung und Alt, Reich und Arm, Vornehm und Gering, hinauszog auf den Gemeinde-Anger, auf dem sich Bude an Bude, Zelt an Zelt reihte. Karussels, Panoptikums, Museen, Schießbuden, Russische Schaukeln und der Himmel weiß was noch für wunderliche Anstalten hatten sich zusammengefunden, dazwischen die Kuchen- und Zuckerwarenbuden, die Spielwarenzelte, die billigen Schmuckwarenbuden. Ein Lärm herrschte, daß einem die Ohren gellten. Ein Menschengewimmel, daß kein Apfel zur Erde fallen konnte.

Etwas abseits von dem eigentlichen Festplatz hatte Herr Bernatzky seinen Zirkus aufgeschlagen.

Er hatte den Platz günstig gewählt, denn neben ihm fand der Pferdemarkt statt, der die Gutsbesitzer und Landleute besonders anzog. Am Morgen war denn auch schon der Zirkus für die Nachmittagsvorstellung ausverkauft.

Schmunzelnd stand Bernatzky vor dem Eingang des Zirkus und sah nach dem Treiben auf dem Pferdemarkt hinüber. Neben ihm stand Herbert, der, eine Zigarre rauchend, mit nachdenklichen Blicken auf die Menschen schaute, die sich feilschend und handelnd zwischen den Ständen der Pferde hin und herschoben.

Fortsetzung folgt.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

an die Spitze stellte sich Dr. jur. v. Jagow. Er ist der geborene Diktator für Elsaß-Lothringen. Auf ihn trifft das Wort zu, das ein berühmter österreichischer Jurist gesprochen hat: Herr v. Jagow ist zu nichts und zu allem fähig. (Lachen, andauernde Zurufe und Unruhe.) Nun hat der

Kronprinz

zwei Telegramme geschickt. Sie sind staatsrechtlich ohne Bedeutung, aber politisch unheilvoll und unerträglich. Wir sind dem Kronprinzen Dank schuldig, denn Hunderttausende von Deutschen sind durch diese Kundgebung aufgerüttelt. Sie sagen sich, wen der künftige deutsche Kaiser in intimer Freundschaft mit den Verächtern der Verfassung und mit Staatshetzern sieht, ist es notwendig, daß das Volk selber seine Geschicke in die Hand nimmt. (Sehr richtig! bei den Soz. — Lebhafte Zurufe, Lärm rechts. Glocke des Präsidenten.)

Präsident **Dr. Kaempf:** Herr Dr. Frank, wenn Sie in dieser Weise vom Kronprinzen sprechen würde ich in die Lage kommen, Sie zur Ordnung zu rufen.

Abg. **Dr. Frank** (fortfahrend): Unheilvoll war das Telegramm des Kronprinzen während des türkischen Krieges und endlich der Regimentsbefehl, in dem die Geschichte mit dem gebrochenen Herzen vorkommt, wo er erklärt, daß es sein höchstes Soldatenglück wäre, an der Spitze seiner Husaren eine Attacke gegen den Feind zu reiten. (Große Unruhe. Lebhafte Zurufe bei den Soz.: Ruhig, Spirituszentrale! — Glocke des Präsidenten.)

Präsident **Dr. Kaempf:** Das sind Beleidigungen gegen den Kronprinzen, die Sie nicht vorbringen dürfen. (Rufe bei den Soz.: Nein!)

Abg. **Dr. Frank** (fortfahrend): Ich kann mir nicht denken, daß es eine Beleidigung ist, wenn ich den Kronprinzen zitiere. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ich will nur feststellen, daß der Kronprinz es für sein höchstes Glück hält, an der Spitze des Regiments in die Schlacht zu reiten, was für den größten Teil des deutschen Volkes das größte Unglück ist. Die Thronrede im Preußen vom 8. Januar stellt fest, daß glücklicherweise der Weltfriede gewahrt sei, und fast gleichzeitig kommt der künftige deutsche Kaiser und schwärmt vom Soldatenglück, in die Schlacht zu reiten. Gleichzeitig mit den Vorstößen des Herrn v. Jagow und des deutschen Kronprinzen wurde im Herrenhause und im Abgeordnetenhause vorgegangen. Was die Herren im Landtage nicht sagen wollten, das wurde dann gesagt bei den Verhandlungen des Preußentages. Was wird der Reichskanzler nun tun, um die staatsbürgerlichen Rechte zu schützen? Die Vorfälle von Zabern können sich jeden Tag wiederholen. Wir bedauern des Reichskanzlers schlaflose Nächte, aber wir fürchten, daß er, was er in der Nacht versäumt, am Tage nachholt. (Stürmische andauernde Heiterkeit.) Die Konservativen wollen, daß er den Reichstag zum Teufel jagt. Wir sind mitten im Konflikt drin, hier heißt es kämpfen oder sich unterwerfen. Die konservative Partei wird immer überschätzt. Der parlamentarische Kampf allein genügt nicht. Er muß getragen sein von dem Willen einer großen Volksmehrheit. Das ist aber heute nicht mehr der Fall. Viele, viele Millionen Deutsche, Arbeiter, Techniker, Beamte und Industrielle müssen es als eine Schan empfinden, daß sie zwar hervorragende industrielle und kaufmännische Leistungen hervorgebracht haben, daß sie aber rechtlich unmündig bleiben sollen. Wir erwarten von Ihnen keine Revolution. Wir wünschen aber, daß Sie den Mut haben, die Rechte, die Sie besitzen, anzuwenden. Wenn Sie den Willen zum Siegen zeigen, dann werden Sie auch Sieger sein. Wir sind die wirklichen Schmiede der Zukunft. (Beifall b. d. Soz.)

Reichskanzler Dr. von Bethmann Hollweg:

Ich sehe mich gezwungen, sofort das Wort zu ergreifen, um gegen die Worte, die der Herr Vorredner mit bezug auf **der deutschen Kronprinzen** gebraucht hat, Protest einzulegen. (Große Bewegung im ganzen Hause, lebhafter Beifall rechts, fortgesetzte Unruhe und Zwischenrufe bei den Soz.) Diese Worte atmen den Haß, mit dem die Sozialdemokratie erfüllt ist. (Lärm bei den Soz.) Den Haß, der sie gegen jeden soldatischen Geist erfüllt. Der Herr Vorredner hat behauptet, daß der deutsche Kronprinz in intimer Freundschaft mit den Verächtern der Verfassung, mit Staatsstreichhetzern stehe. Das ist ein **unerhörter Vorwurf.** (Lebhafter Beifall rechts, große Unruhe bei den Soz.) den ich mit **aller Entschiedenheit** hiermit **zurückweise.** (Lärm bei den Soz., lebhafter Beifall rechts.)

Abg. **Dr. v. Liszt** (Vp.): Wir bezwecken mit unserem Vorgehen nicht neuen Kampf, sondern wir wollen nur den

Frieden wieder herstellen.

Wir wollen nicht die Debatten vom 3. und 4. Dezember wieder beginnen. Unsere Meinung ist genau heute noch so, wie damals. Wir würden heute wohl dasselbe Mißtrauensvotum wieder erteilen. Beifall links.) Allmählich ist die Angelegenheit zu einer solchen des ganzen Volkes geworden. Auf dem Preußentage wurde bedauerlicherweise ein Gegensatz zwischen Süd und Nord hervorgehoben und versucht, das Andenken an die großen Kriegsjahre den Süddeutschen zu vergällen. Die ganze Angelegenheit hat längst über die Grenzen des Reiches hinausgegriffen. Das Ausland weist mit unverhohlener Schadenfreude auf die Ereignisse in Zabern und auf die Spaltungen hin, die durch die deutschen Stämme hindurchgehen. Wir beabsichtigen nicht, auf die Vorgänge in Zabern und das kriegsgerichtliche Verfahren näher einzugehen. Die Kriegsgerichtsurteile haben den Gegnern der Militärgerichtsbarkeit neue Waffen in die Hand gegeben. Der schwerste Fehler ist, daß der oberste Gerichtsherr auf die Einlegung der ihm zustehenden Rechtsmittel verzichtet hat. (Sehr richtig!) Es ist noch eine Menge von Rechtsfragen strittig. Das Kriegsgericht in Straßburg hat den Satz ausgesprochen, daß für die preußischen Truppen im Reichslande die preußischen Vorschriften bindend seien, wie die sächsischen Vorschriften für die sächsischen Truppen im Reichslande. Jeder Soldat trage seine Dienstvorschriften im Tornister mit sich. Wenn der Satz an sich richtig ist, in seiner Anwendung in Zabern ist er zweifellos falsch. Aber der Satz ist auch falsch in seiner Anwendung für den Fall der Berührung mit der Zivilbevölkerung. Da gelten keine Dienstvorschriften, sondern da gilt das Reichs- und das Landesrecht. Das Reichsrecht gilt selbstverständlich einschließlich des Reichsstrafrechts. Bedauerlicherweise werden unsere Offiziere in der Überzeugung erzogen, daß ihnen gegenüber ein anderer Notwehrparagraph gilt als der des Strafgesetzbuchs. Das wird in einem Kommentar ausdrücklich hervorgehoben; es wird dort auch erklärt, daß ein gelegentliches „Mehr" dem Ansehen des Standes besser entsprechen dürfte als ein „zu wenig". (Hört! Hört! links.) Es war ziemlich schwierig, die nunmehr angezogene

Kabinettsorder von 1820

auszugraben. Der entscheidende Teil dieser Order macht aber auch das Einschreiten des Militärs davon abhängig, daß nach Pflicht und Gewissen festgestellt ist, daß die Zivilbehörde mit dem Eingreifen zögert, indem ihre Kräfte bereits nicht mehr zur Bewältigung der Unruhen hinreichen. Es ist also die Frage, ob diese Order, ihre Rechtsgültigkeit einmal angenommen, im Zaberner Fall anwenddar war oder nicht. Die Voraussetzungen dieses entscheidenden Teiles treffen in dem Falle Zabern nicht zu. Die Zivilbehörde hat erklärt, es lag am 28. November kein Anlaß zum Einschreiten vor; da handelt es sich also um Meinungsverschiedenheiten, nicht aber um Unvermögen der Zivilbehörde; und da hat sich also der Oberst von Reuter einer schweren Rechtsverletzung schuldig gemacht. Aber ist diese Order nun überhaupt gültig oder nicht? Die Kabinettsorder ist kein Gesetz, sonst würde sie ordnungsgemäß in der preußischen Gesetzsammlung veröffentlicht sein. (Zuruf rechts.) Bei der Angliederung Elsaß-Lothringens an Deutschland hat man den Fehler gemacht, daß man es nicht einem anderen Bundesstaate einverleibte oder einen selbständigen Bundesstaat daraus machte. Wir haben nun einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Grenzen zwischen den Befugnissen der Militär- und Zivilverwaltung festlegen soll. Wir wollen, daß unser Heer ein Volksheer werde im wahrsten Sinne des Wortes. Dem Preußentage sprechen wir das Recht ab, Vertreter des preußischen Geistes zu sein. Die Einigkeit zwischen Nord und Süd, zwischen Militär und Zivil wieder herzustellen, das ist der Zweck unserer Interpellation und unseres Antrages. (Lebhafter Beifall bei den Fortschrittlern.)

Sodann ergriff zur Beantwortung der Interpellationen der Reichkanzler das Wort:

Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg:

Meine Herren! Ich knüpfe zunächst an die Ausführungen des letzten Herrn Vorredners an; daß Klarheit darüber bestehen muß, in welchen Fällen das Militär bei Unruhen einzugreifen hat, ist selbstverständlich. Das Militär hat daran ein eigenes dringendes Interesse. Der Grundsatz, daß das Militär regelmäßig erst auf Requisition der Zivilbehörde einzugreifen hat, ist verfassungsmäßiges Recht, so viel ich sehe, in allen Bundesstaaten, jedenfalls in Preußen. Daß es ausnahmsweise einer Requisition nicht bedarf, das ist von der preußischen Verfassungsurkunde ausdrücklich und prinzipiell anerkannt worden, denn sonst hätte sie nicht ein besonderes Gesetz darüber vorbehalten können. Dieses Gesetz ist tatsächlich nicht erlassen. Es entsteht die Frage, ob aus dem Fehlen dieses Gesetzes geschlossen werden muß, daß das Militär niemals und unter keinen Umständen eingreifen darf, wenn es an einer Requisition der Zivilbehörden fehlt. Nun, meine Herren, von den reichsgesetzlich vorgesehenen Fällen der Selbsthilfe, der Selbstverteidigung, brauche ich nicht zu sprechen. Überall, wo die Voraussetzungen der Notwehr, des Notstandes im Sinne des Strafgesetzbuches und des bürgerlichen Gesetzbuches vorliegen, ist es unbestritten, daß das Militär ebenso gut wie jeder andere berechtigt ist, alle zur Abwehr eines Angriffs, zur Abwendung einer Gefahr erforderlichen Handlungen innerhalb der durch die Gesetze gezogenen Grenzen vorzunehmen. Ferner kann ich natürlich ausscheiden die gesetzlich geregelten Fälle des Kriegs- und des Belagerungszustandes. Weiterhin muß, — das ist ja ein Punkt, den der Herr Abg. v. Liszt eben selbst berührt hat —, dem Militär auch ohne besondere gesetzliche Ermächtigung das Recht zugestanden werden, selbständig einzugreifen, wenn es sich um die Beseitigung von Hindernissen handelt, die sich ihm bei Ausübung staatshoheitlicher Funktionen, bei militärischen Übungen, auf Wachen und bei Posten usw. entgegenstellen. Die Berechtigung dazu folgt aus allgemeinen Rechtsgrundsätzen. Und endlich, meine Herren, wird dem Militär das Recht zugestanden werden müssen, auch ohne Requisition der Zivilbehörde selbständig einzugreifen, wenn die prinzipielle Requisition der Zivilbehörde nicht erfolgen kann, weil die Zivilbehörde überwältigt oder aus anderen Gründen außerstande ist, die Requisition zu erlassen. Dieses Recht, das in der Staatsrechtlehre anerkannt ist, beruht auf dem Gedanken, daß der Staat seine Existenz selbst in Frage stellen würde, der auf das Recht verzichten wollte, zur Überwindung einer dem Bestande des Staates, den Grundlagen des staatlichen Lebens drohenden, auf andere Weise nicht abwendbaren Gefahr mit allen Mitteln entgegenzutreten und zu seinem eigenen Schutze die ihm zur Verfügung stehende Kraft der bewaffneten Macht anzuwenden. Meine Herren, ich glaube, daß ich hiermit ganz klar die Lage umschrieben habe, wie sie sich aus Verfassung, aus Gesetz und allgemeinen Rechtsgrundsätzen ergibt. Die Vorschrift über den Waffengebrauch des Militärs und seine Mitwirkung bei der Unterdrückung gegen Unruhen vom 23. März 1899, die jetzt durch die Zaberner Vorgänge in den Vordergrund gerückt worden ist, diese Vorschrift ist eine für den Dienstgebrauch des preußischen Militärs und der ihm angeschlossenen Kontingente bestimmte Zusammenstellung der Fälle, in welchen das Militär befugt sein soll, einzuschreiten. Daß der Oberst von Reuter diese Instruktion auf ihre Rechtsgiltigkeit nicht nachzuprüfen hatte, darüber besteht wohl heute kein ernsthafter Streit mehr. Die Angriffe richten sich dagegen, daß die Instruktion von 1899 in einzelnen ihrer Bestimmungen der notwendigen gesetzlichen Grundlage entbehrt, und zwar dort, wo sie die Kabinettsorder vom 17. Oktober 1820 anzieht. Man streitet über die Gesetzeskraft dieser Order. Meine Herren, nach meinem Dafürhalten geht dieser Streit an dem Kern der Sache doch einigermaßen vorbei. Die Kabinettsorder von 1820, soweit sie in die Instruktion von 1899 übernommen woren ist, regelt zunächst das Verhalten des Militärs für den Fall, daß es von der Zivilbehörde requiriert worden ist, also für den später von der Verfassung aufgestellten gesetzlichen Normalfall. Weiterhin bestimmt die Kabinettsorder von 1820, wie sich das Militär verhalten soll, wenn die Zivilbehörde nicht requirieren konnte, weil sie überwältigt war, oder aus anderen Gründen außer stande war, die prinzipiell erforderliche Requisition zu veranlassen. Insoweit kann die Rechtsgültigkeit der Instruktion von 1899 in keiner Weise rechtlich angefochten werden, und darin werden mir auch die Herren, die die Interpellation von Payer unterschrieben haben, wie ich aus dem Wortlaut der Interpellation schließen möchte, nicht widersprechen. Die Kabinettsorder von 1820 bestimmt dann weiter, daß das Militär auch ohne Requisition der Zivilbehörden einschreiten dürfe, wenn die Zivilbehörden mit der Requisition zu lange zögerten, indem ihre Kräfte nicht mehr ausreichten. Ob diese Vorschriften in Verfassung und Gesetz die notwendige Grundlage finden, ist neuerdings in Zweifel gezogen worden. Bisher, seit dem Bestehen, seit 1820, ist diese Vorschrift, soweit ich sehe, niemals öffentlich angefochten worden, und vor allem, meine Herren, diese Vorschrift ist in der ganzen Zeit bis auf den einen Fall Zabern niemals angewandt worden. Das Kriegsgericht von Straßburg hat die Dienstvorschrift von 1899 als rechtsgültig anerkannt. Zu einer Prüfung der Frage, ob die Kabinettsordre von 1820 rechtsgiltig ist, ist das Gericht nicht gekommen. Nachdem infolge der Zaberner Vorgänge der Streit entstanden ist, ob die Vorschrift von 1899 Gültigkeit hat, sollen jetzt diese Dienstvorschriften einer Prüfung unterzogen werden, ob sie den allgemeinen Rechtsgrundsätzen entsprechen. Diese Prüfung ist im Gange und sie wird mit größter Beschleunigung durchgeführt werden. Damit ist alles geschehen, was geschehen kann (Hört, hört! links) und ich hoffe, daß es möglich sein wird, auch bei den Truppenteilen in den Reichslanden eine Uebereinstimmung herbeizuführen. Was den uns vorgelegten Gesetzesvorschlag angeht, so erinnere ich daran, daß die einzelnen Fälle in den Dienstvorschriften von 1851, 1861 und zuletzt 1899 vorgesehen sind. Ein Gesetz wird nur allgemeine Bestimmungen treffen können. Wo Zweifel bestehen, muß Klarheit geschaffen werden. Es ist im Lande versucht worden, die Instruktion als ungeheuerlich hinzustellen. Zabern ist aber der einzige Platz, wo die Instruktion in Anwendung kam. Von den Verhältnissen in den Reichslanden will ich nicht sprechen. Es muß noch viel geschehen, um zu normalen Verhältnissen dort und dem Reich gegenüber zu kommen. Der Zaberner Fall war keineswegs typisch. Es lagen zu viele persönliche Momente vor. Die Reichslande können nur gedeihen unter einer gerechten, festen und einheitlichen Regierung. (Lebhafte Zustimmung). Ein Gegensatz zwischen Nord und Süd besteht nicht. Der Versuch, ihn zu schaffen, muß im Keime erstickt werden. (Lebh. Zustimmung). Die Bayern und die Schwaben sehen manche Dinge mit anderen Augen an als der Norddeutsche. Jeder deutsche Stamm hat seine Vorzüge und seine Schwächen. Wohin aber sollte es führen, wenn jeder Stamm seine eigenen Vorzüge dem anderen vorhalten und Schwächen des letzteren unterstreichen wollte? (Lebh. Beifall.) Erst kürzlich sind durch solche Dinge über Nacht schwere Aergernisse hervorgerufen worden wider den Willen der Beteiligten. (Beifall und Widerspruch). Was jeder einzelne deutsche Stamm an Vorzügen und Kraft in sich hat, ist gerade genug für das Reich. Die bayerische Armee hat auf den Schlachtfeldern von Wörth und Weißenburg, wie in dem blutigen Ringen um Orleans heldenmütig gekämpft, und was errungen worden ist, ist ein glänzendes Zeugnis für die vereinigte Tapferkeit aller deutschen Stämme. (Lebh. Beifall). Auf dieselbe Einmütigkeit rechne ich auch, wenn ich sage: Es gilt jetzt nicht mehr in der Wunde herumzuwühlen, sondern die Wunde zu heilen. Eine einzige Partei wird dem nicht zustimmen, sondern die Zaberner Vorgänge weiter auszunutzen versuchen. Das beweist die Rede des Abg. Frank und in noch höherem Maße die sozialdemokr. Presse, die gerade in der letzten Zeit ihr Programm, das auf die Schaffung eines demokratischen Milizheeres und die Beschränkung der königlichen Kommandogewalt abzielt, mit besonderer Deutlichkeit geoffenbart hat. (Lebh. Beifall rechts. Widerspruch bei den Soz.) Die Vorfälle in Zabern haben nach der soziald. Presse auch ein Paradigma sein sollen für den Gebrauch des Heeres gegen die Arbeiterklasse. Was haben die Zaberner Vorgänge mit der Arbeiterklasse zu tun? Unser Heer ist kein Instrument für Parteikämpfe. Es ist viel zu schade dazu. Und allen von der Regierung und besonders auch dem Kriegsminister widerstrebt das Gefühl, das Heer zum Polizeibüttel zu machen. Wenn es noch einen stärkeren Superlativ gebe, als ultima ratio, so würde ich ihn anwenden, wenn die Verwendung des Militärs zur Unterdrückung innerer Unruhen in Frage kommt. Zu wessen Nutzen aber dienen diese sozialdemokratischen Entstellungen? Das lehrt ein Blick in die auswärtige Presse, die alles für bare Münze nimmt, was unsere soziald. Presse und leider auch ein Teil der bürgerlichen radikalen Presse schreibt, die dann ihrerseits wieder die Stimmen des Auslandes als Eideshelfer benutzt. Die Sozialdemokratie, die sich vielleicht noch weniger gegen die reale Macht des Heeres als gegen den Geist der Zusammengehörigkeit von Heer und Volk wendet, spricht von einer „konfliktslüsternen Soldateska". Unter der Herrschaft dieser „konfliktslüsternen Soldateska" ist das Deutsche Reich mehr als ein Menschenalter hindurch ein Hort des europäischen Friedens gewesen. Unter derselben Herrschaft hat die Betätigung aller Volkskräfte zu Erfolgen geführt, die ihresgleichen in der Welt suchen. (Lebh. Beifall). Die Ueberzeugung, daß das Volksheer die Nation jung erhalte und daß es uns entbehrlich ist zur Erhaltung unserer Stellung in der Welt, werden wir uns nicht dadurch trüben lassen, daß an einem einzigen Orte Dinge vorgekommen sind, deren Wiederkehr niemand wünscht. (Lebh. Beifall).

Auf Antrag des Abg. Müller-Meiningen (Vp.) findet Besprechung der Interpellation statt. **Fehrenbach** (Ztr.): Heute kann ich dem Reichskanzler eine andere Resonanz entgegenbringen, als bei der ersten Interpellation. (Aha! bei den Soz.) Wir wollen die Wunde nicht von neuem aufreißen. Wir haben die neue Beschimpfung des Reichstags gehört. Was sich Geheimrat Röthe auf dem Kommers des Vereins deutscher Studenten geleistet hat, daß der Reichstag geneigt sei, auf den Knien das zurückzunehmen, was er damals beschlossen habe, übersteigt doch das zulässige Maß. Ich kann kein Wort meiner früheren Rede zurücknehmen. (Lebh. Bravo!) Man hat es leider verabsäumt, dem elsäßischen Volk zu sagen, daß eine Sühne eintreten wird. Die Aeußerung des Leutnants v. Forstner war und bleibt eine Beleidigung. Es ist nicht festgestellt worden, ob es in Zabern wirklich innere Unruhen gewesen sind. Es mögen Bubereien einzelner gewesen sein, die zu Ausschreitungen führten. Die Vorgänge bei dem Straßburger Diner, die Ablehnung des Extrazugs geben doch zu denken. Jetzt sind die Urteile rechtskräftig und das Volk versteht sie nicht. Ich schätze die Objektivität der Militärgerichte außerordentlich hoch, aber in diesem Fall handelt es sich um einen politischen Prozeß. Beim Leutnant v. Forstner Notwehr anzunehmen, ist geradezu eine Beleidigung. Anzuerkennen ist es durchaus, daß Oberst v. Reuter alle Verantwortung auf sich genommen hat. Ich hoffe, daß die Gratulation nach dem Urteil nicht allgemeine Gepflogenheit wird, die geeignet ist, das Vertrauen in die Justiz zu erschüttern. Die Kabinettsordre von 1820 hat für Elsaß-Lothringen keine Gültigkeit. In Elsaß-Lothringen ist nicht „alles kaput", wie der Abg. van Calker meinte.

Bassermann (natl.): Auch wir können den heutigen Ausführungen des Reichskanzlers nur zustimmen. Wir haben am 3. und 4. Dezember die mittlere Linie gehalten und tun es auch heute noch. Der Vorwurf, daß wir einen Eingriff in die Kommandogewalt des Kaisers versuchten, ist unzutreffend. Neben der Kommandogewalt des Kaisers besteht auch das Budgetrecht des Reichstags. Die Rechtslage der Zaberner Vorgänge kann hier nicht entschieden werden. Schlagwörter führen hier nicht zum Ziele. Unzweifelhaft haben die Zivilbehörden in Zabern versagt. Sie hatten nicht die rechte Erkenntnis ihrer Pflicht. (Sehr richtig). In Bezug auf die Verurteilung der Rechtsmäßigkeit des Vorgehens des Obersten von Reuter gehen die Urteile der Strafrechtslehrer auseinander. Die Kompetenzen zwischen Militär- und Zivilverwaltung müssen scharf abgegrenzt werden. Hier muß der Reichskanzler Remedur schaffen. In Elsaß-Lothringen ist es von besonderer Bedeutung, daß auch die Zivilbehörden von deutscher Pflicht und Treue durch und durch erfüllt sind. Die Mehrheit des Reichstages ist von der rechten Seite schwer angegriffen worden, in erster Linie wegen der Einführung der Besitzsteuern und dabei hat gerade die Rechte die Regierung auf diese Steuer hingewiesen. Niemand verkennt die Verdienste Preußens um die Reichsgründung. Ebenso protestieren wir aber auch gegen eine Beschimpfung

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

von Reichseinrichtungen. Die von Bismarck geschaffene Einigung muß aufrechterhalten bleiben. Die glänzende Entwicklung des Reiches ist auf das Zusammenwirken von Regierung und Parlament zurückzuführen. Diese Entwicklung geht weiter vorwärts, denn sie hat feste Wurzeln im Volke.

Graf **Westarp** (kons.): Wohl selten ist die Auffassung so bestätigt worden, wie diejenige meiner Partei, in der Zabernangelegenheit. Bestätigt hat sich auch unsere Auffassung von der Haltung der Zivilbehörden. Aus dem Vorwurf, daß es sich dort um eine Soldateska handelte, ist die Armee rein hervorgegangen. Die Verfehlungen eines jungen Leutnants haben sofort eine ausreichende Sühne gefunden. (Lachen links.) Die Armee, die in Zabern provoziert wurde (Widerspruch) links), hat ihre glänzende Rechtfertigung gefunden. Herr von Heydebrand hat im Abgeordnetenhause nicht die Auflösung des Reichstags verlangt, sondern gesagt, bei einer Neuwahl hätten die Wähler die Gegner der Wehrvorlage zum Teufel und nicht in den Reichstag geschickt. Ich konstatiere, daß der Preußentag keine Veranstaltung der konservativen Partei ist. (Heiterkeit). Wir bedauern die Aeußerung auf dem Preußentag gegen einen Bundesstaat und gegen den Reichstag. Als geladene Gäste konnten wir aber dazu keine Stellung nehmen. (Widerspruch). Die Kritik gegen die Teilnehmer des Preußentags hat aber hier manchmal die Grenze des Zulässigen überschritten. Gegenüber den Bestrebungen der Sozialdemokratie und der Freisinnigen mußten wir uns schützend vor die Reichsverfassung stellen. (Sehr richtig rechts, Gelächter links.) Wir lassen uns von niemand in der Beschützung des Reichsgedankens übertreffen. (Beifall).

Darauf wird ein Vertagungsantrag eingebracht, aber auf die Einwendungen des Abg. Scheidemann (Soz.) zurückgezogen.

Schultz-Bromberg (Reichsp.): Man kennt den Reichstag gar nicht wieder. In seinen Dezemberdebatten war er eine schäumende Masse von Entrüstung (Heiterkeit). Die Parteien lassen sich jedenfalls davon leiten, daß man es sich draußen im Lande nicht gefallen läßt, wenn an der Armee gerührt wird. (Lachen links). Letzten Endes richtet sich das Mißtrauensvotum nicht gegen den Reichskanzler, sondern gegen den Geist der Verhandlungen. (Widerspruch). Auch wir auf der Rechten haben ein Interesse daran, daß keine Willkür besteht, aber die Ordnung muß unter allen Umständen aufrechterhalten bleiben. Die Vorfälle in Zabern wären in einem anderen Teile des Reiches unmöglich gewesen.

Abg. **Herzog** (Wirtsch. Vgg.): Erfreulicherweise hat die heutige Debatte wesentlich ruhiger sich gestaltet als die frühere. Die Befürchtung, daß eine Soldateska und eine Säbelherrschaft vorhanden sei, hat sich nicht bestätigt. Den Anträgen stimmen wir nicht zu. Der nationalliberale Anträge wäre zwar unbedenklich, aber angesichts der Zusage des Reichskanzlers, daß eine Prüfung der Vorschriften eintreten solle, überflüssig. Die Militärbehörden haben zweifellos besser abgeschnitten als die Zivilbehörden.

Ein Vertagungsvorschlag des Präsidenten wird gegen die Stimmen des Zentrums, der Rechten und der Mehrzahl der Nationalliberalen abgelehnt. — Abg. Ledebour als nächster Redner verzichtet vorläufig.

Abg. Naumann (Fortschr. Volksp.):

Oberst v. Reuter hat eine Freisprechung, Ehre und einen Orden bekommen, das Volk aber nicht Sühne und Rechtfertigung. Es stand aber nicht bloß die Ehre der Militärbehörde in Frage, sondern auch die der Zivilbehörde. Die elsaß-lothringischen Zivilbehörden sind davon überzeugt, daß sie ihre Pflicht getan haben. Sie konnten dem Reichskanzler nicht widersprechen. Die Elsässer sind von jeher an Militär gewöhnt. Passiert dort etwas, so kommt es nicht aus antimilitaristischer Stimmung heraus. Der Offizier hat nicht im Elsaß wie im Feindesland aufzutreten. Nicht mit Macht, sondern mit Gemüt muß dort gearbeitet werden. (Lachen rechts). Wer keines hat, kann darüber lachen. (Stürmische Zustimmung links.) Oberst von Reuter hat sich als politischer Soldat erwiesen. Deshalb ist er der berühmte Mann geworden. (Sehr richtig links.) Graf Westarp hat über den Preußentag weihevolle Rückzugserklärungen losgelassen. Es bleibt aber bestehen, daß die Kreise um den Grafen Yorck von Wartenburg mit dem Reich nicht zufrieden sind. Es wird ihnen zu deutsch. Die Konservativen haben 1873 auch Bismarck abschieben wollen. (Zuruf: Zabern! — Unruhe links.) Als Caprivi ohne die Rechte mit dem übrigen Volk etwas machte, da trat Lebenberg in Tätigkeit. denn ein Donaueschingen gab es noch nicht. Für uns ist der Reichstag der Ausdruck des deutsch-nationalen Gedankens, über den Sie (nach rechts) lachen, weil er in Ihrer Seele unbekannt ist. Der Reichstag hat gewonnen in der Demokratie, die die bezahlen läßt, die etwas haben, die aber nicht zahlen wollen. (Zustimmung). Für uns heißt es von diesem Reich: Deutschland, Deutschland über alles: (Beifall links.)

Abg. **Ledebour** (Soz.): Der Reichskanzler sprach von schlaflosen Nächten. Das kann ihm auch heute bevorstehen, da wir noch einige Stunden Zeit zum Verhandeln haben. (Große andauernde Unruhe.) Der Kriegsminister hat davon gesprochen, daß gegebenenfalls die Offiziere berechtigt gewesen seien, den Zivilisten den Säbel in den Leib zu rennen. (Der Kriegsminister schüttelt den Kopf.) Auf einen Widerspruch war ich nicht gefaßt. Ich nehme Putativ-Notlüge an (Vizepräsident Dove rügt diesen Ausdruck), da seine Notlage ihm das Bewußtsein raubte, daß er der Wahrheit nicht diente. (Heiterkeit.) Die Einmischung des Kronprinzen in die Zaberner Angelegenheit bedauern wir. Man sollte uns nicht immer revolutionäre Gelüste vorwerfen. Sie (nach rechts) haben oft genug revolutionäre Gelüste gehabt. Wir verlangen gleiches Recht für Offiziere und Soldaten. Sie müssen dem bürgerlichen Recht unterstellt werden. Die Nationalliberalen sind völlig umgefallen. Militarismus und Junkertum bilden eine Partei gegen das Volk, die die Säbelherrschaft proklamiert. (Vizepräsident Dove ruft den Abg. Ledebour wegen einer Beleidigung des Kronprinzen nachträglich zur Ordnung.)

Staatssekretär Dr. **Delbrück**: Die Sozialdemokratie hat gezeigt, daß es ihr darauf ankommt, einen Stoß gegen die Monarchie und die Armee zu führen. (Sehr richtig. Lärm.) Der Abgeordnete Ledebour hat über die Person des Kronprinzen Aeußerungen gemacht, die zwar formell durch die Rüge des Präsidenten erledigt sind, aber durch die Zusammenstellung des Kronprinzen mit Herrn von Oldenburg und seinem Leutnant mit den 10 Mann soll im Volk die Ansicht verbreitet werden, als sei der Kronprinz ein Verächter der deutschen Reichsverfassung. Dagegen lege ich entschieden Verwahrung ein. (Bravo rechts.) Es widerspricht auch dem konstitutionellen Geist, die Person des Thronfolgers in die Debatte zu ziehen. Vom Standpunkt der Reichsleitung muß ich dagegen protestieren. (Bravo!) In den warmen Worten an sein Husarenregiment können wir nur den Beweis erblicken, daß in dem künftigen Träger der Krone der gute Geist der deutschen Armee lebendig ist. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Ledebour** (Soz.): Wir halten die monarchische Einrichtung für veraltet (Lachen. Hört! hört! Lärm.) Der Kronprinz hat zu der von dem Reichskanzler als ungesetzlich bezeichneten Handlung telegraphiert: „Bravo!" Da verstehe ich nicht, wie der Staatssekretär, der während meiner Rede landflüchtig geworden ist, dies beschönigen kann. (Heiterkeit.)

Vizepräsident Dove: Diese Erörterungen sind außerordentlich peinlich. Es wäre besser gewesen, wenn die Debatte ohne persönliche Spitzen geblieben wäre. Wenn der Abgeordnete Ledebour dem Staatssekretär vorgeworfen hat, er sei landflüchtig geworden, so entspricht das nicht der Würde des Hauses. (Schallende Heiterkeit).

Damit ist die Besprechung der Interpellation erledigt.

Nach einer weiteren persönlichen Bemerkung des Abg. Ledebour vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung morgen vormittag 10 Uhr. Tagesordnung: Anträge betreffend Befugnisse der bewaffneten Macht. Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit und Etatsberatung.

Schluß nach 1/4 9 Uhr.

Deutsches Reich.

Mittelstandskongreß.

Der vierte Iniernationale Mittelstandskongreß findet vom 5.—8. Oktober in Hannover statt. Zu dem Kongreß, der alle drei Jahre von dem internationalen Verbande zum Studium der Verhältnisse des Mittelstandes einberufen wird, werden außer den Mittelstandskorporationen die Regierungen der Kulturstaaten und die Selbstverwaltungsbehörden der Provinzen und Städte, ferner die Vertreter der Wissenschaft und der Presse eingeladen. Die Tagesordnung enthält eine große Abendversammlung am 5. Oktober, in der hervorragende deutsche Sachkenner über die Interessen des städtischen und ländlichen Mittelstandes sprechen werden. Der 6. und 7. Oktober wird den Plenarversammlungen und Sektionsberatungen gewidmet. Es sind Sektionen für Handwerk und Gewerbe, Detailhandel, Landwirtschaft, Haus- und Grundbesitz, Genossenschafts- und Kreditwesen und Statistik vorgesehen. Die Verhandlungen stehen unter dem Ehrenvorsitz des belgischen Handelsministers und unter Leitung des Geh. Oberregierungsrat Dr. v. Seefeld-Berlin. Sämtliche Mittelstandsfragen werden nur nach sachlichen Gesichtspunkten unter Ausschluß jeder politischen Färbung behandelt. Anmeldungen von Anträgen oder Delegierten, sowie Anfragen sind an das Bureau des Kongresses, Hannover, Lenzenstraße 7, zu richten.

Ein „Attentat" auf den Kronprinz.

Berlin. 23. Jan. Als der Kronprinz heute Nachmittag 3 Uhr 10 Minuten im Auto in sein Palais Unter den Linden zurückkehrte, stürzte ein Mann die Rampe hinauf und gelangte bis an den Wagenschlag. Der sofort hinzuspringende Posten packte den Mann und drängte ihn gewaltsam ins Schilderhaus. Der Kronprinz, der sofort mit seinem Adjutanten dem Wagen entstiegen war, beobachtete noch die von zwei sofort herbeigeeilten Schutzleuten vorgenommene Festnahme. Der Mann wurde in die dem Palais gegenüberliegende Hauptwache abgeliefert.

Berlin. 23. Jan. Der Schneider Leopold Salomon, der hinter dem Auto des Kronprinzen herlief, ist, wie ergänzend gemeldet wird, als gemeingefährlicher Geisteskranker nach Dalldorf gebracht worden.

*

Aus dem Allgäu, 23. Jan. Der frühere Gewerkschaftsführer Ludwig Rexhäuser ist im Krankenhaus Füßen gestorben.

Helgoland. 23. Jan. Das Zeppelinluftschiff „Sachsen", das die Reichsdienstflagge führte, flog gestern über Helgoland und warf Post ab. Nachdem es eine Zeit lang über der Insel gekreuzt hatte, nahm es den Kurs auf Cuxhaven und schlug nach einer Fahrt von 10 Minuten die Richtung auf Sylt ein.

Württemberg.

Dienstnachrichten.

Uebertragen: Das Forstamt Enzklösterle dem Forstamtmann Speer in Herrenalb, das Forstamt Lichtenstern dem Forstamtmann Wezel in Böblingen und das Forstamt Rosenfeld dem Forstamtmann Kern in Murrhardt.

Verliehen: Dem Forstamtmann Freiherrn von Thannhausen bei der Forstdirektion der Titel und Rang eines Oberförsters.

Württembergischer Landtag.

Zweite Kammer.

cb. **Stuttgart,** 23. Januar.

Die Zweite Kammer begann heute mit der zweiten Beratung des Körperschaftsbeamtenpensionsgesetzes. Berichterstatter ist der Abg. Roth (B.K.) Es handelt sich zunächst um die Festsetzung der unteren Grenze des Jahreseinkommens. Der Ausschuß für innere Verwaltung hat die Grenze von 500 M auf 400 M herabgesetzt und die Regierung erklärt sich damit einverstanden. Bei der strittigen Frage des freiwilligen Beitritts hat man sich schließlich auf eine Reihe bestimmter Kategorien geeinigt und auch hier die untere Grenze von 700 M auf 500 M herabgesetzt.

Abg. Hartenstein (Vp.) spricht im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zu der Grenze von 400 M aus, richtet aber zugleich an die Gemeinden den Appell, sie mögen ihre Beamten, die sie den ganzen Tag beschäftigen, so bezahlen, daß sie in die Kasse hineinkommen. Auch die Vertreter der übrigen Parteien sprechen sich für die Grenze von 400 M aus, obgleich Minister von Fleischhauer erklärt, daß die Regierung bei der Festsetzung der Grenze von 500 M davon ausgegangen sei, daß eine Rente von 200 M im Notfall noch als Pension bezeichnet werden könne, während bei der Grenze von 400 M die Pension noch weniger betrage. Stark bekämpft von allen Seiten auch von seinem Fraktionskollegen Andre wird eine Anregung des Abg. Rembold-Aalen (Ztr.) auch etwaige Taglohnarbeiten der Gemeindebeamten zur Grundlage der Pensionsberechtigung zu machen. Auf eine Anfrage des Abg. Andre (Ztr.) teilt Minister von Fleischhauer mit, daß Industrielehrerinnen und Hebammen nicht unter das Gesetz fallen, bei Fleischbeschauern und Baumwarten hänge es davon ab, ob sie im Hauptamt tätig seien.

Man geht sodann zur Frage der Beitrittsberechtigung von Ortsvorstehern und Verwaltungsaktuaren über. Der Ausschuß, der vorschlägt, auch die Gemeinde- und Körperschaftsrechner in das Gesetz einzubeziehen, hält an der Gehaltsgrenze von 700 M fest, während ein von Angehörigen aller Parteien unterzeichneter Antrag die Herabsetzung der Grenze auf 500 M fordert, entsprechend einer Eingabe der Gemeinderechner. Letzterer Antrag findet im Hause keinen wesentlichen Widerspruch, während der Minister sich heftig gegen die Einbeziehung der Gemeinderechner in das Gesetz wehrt mit der Begründung, daß dieselben meist sehr gut situiert seien und außerdem, da sie keine Beamtenbeamten seien, von dem Gesetz lange nicht soviel Vorteil haben, als sie sich selbst versprechen. Der Ausschußantrag auf Einbeziehung der Gemeinderechner sowie der Antrag auf Herabsetzung der Grenze auf 500 M werden jedoch einstimmig angenommen.

Die weitere Debatte dreht sich um eine vom Ausschuß einstimmig angenommene Resolution des Abg. Rembold-Aalen (Z.), die eine Novelle zur Ergänzung der Gemeinde und Bezirksordnung von der Regierung fordert, durch die den Körperschaftsbeamten und Unterbeamten ein ausreichender Schutz gegen willkürliche Kündigung gesichert werden soll. Abg. Rembold bittet, die Novelle so zeitig durchzuführen, daß sie möglichst schon mit dem Körperschaftspensionsgesetz zur Einführung gelangen könne. Seitens der Volkspartei (Abg. Hartenstein) und der Sozialdemokratie werden jedoch Bedenken darüber geäußert, daß eine derartige Novelle einen Eingriff in die Selbstverwaltung der Gemeinden bedeute. Auch Minister von Fleischhauer teilt diese Ansicht. Das Haus beschließt daher, die Resolution aus dem Körperschaftsbeamtenpensionsgesetz herauszunehmen und die Beratung darüber, bis nach der Erledigung des Gesetzes zu vertagen. Schluß der Sitzung 1 Uhr. Nächste Sitzung Samstag vormittag 9 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung.

Der Engere Ausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei

hat sich gestern konstituiert. Chefredakteur Schmidt, der eine Wiederwahl als Parteivorsitzender ablehnte, wurde der lebhafte Dank für seine ausgezeichneten Dienste ausgesprochen. An seiner Stelle wurde Rechtsanwalt Dr. Elsaß-Stuttgart einmütig zum Vorsitzenden der Landespartei gewählt und als sein Stellvertreter Stadtgeometer Kercher bestimmt. Kassier bleibt Herr Ilg, das Schriftführeramt übernehmen Dr. Moos und Dr. Groth.

Volksbibliotheken in Württemberg.

Die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung hat im Königreich Württemberg in den letzten 5 Jahren 1703 Volksbibliotheken mit 35570 Bänden begründet und unterstützt. Es erhielten in 5 Jahren 1703 Bibliotheken 35570 Bände. Die Gesellschaft gibt gegen mäßige Jahresbeiträge Wanderbibliotheken und Eigenbüchereien im Werte von 60—200 Mark ab. Die Wanderbibliotheken können alljährlich gegen völlig freie Wahl neuer Bestände aus dem Katalog der Gesellschaft umgetauscht werden. Die Eigenbüchereien, die von den betreffenden Körperschaften völlig frei zusammengestellt werden können, werden in 4 Jahren freies Eigentum der Gemeinden. Im letzten Jahre hat die Gesellschaft neben ihren regelmäßigen Leistungen als Kaiser Wilhelm-Jubiläumsgabe an 1500 wenig bemittelte Büchereien 18000 Bände im Werte von 37500 Mark unentgeltlich abgegeben. Anträge sind zu richten an die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung, Berlin, NW., Lüneburger Str. 21. Von der Geschäftsstelle werden orientierende Drucksachen kostenfrei versandt.

Kirchheim a. N., 23. Jan. Seit einiger Zeit treiben große Flüge von Wildenten im Neckar beim Wasen ihr Wesen. Die sonst sehr scheuen Tiere sind zu Hunderten auf den eisfreien Stellen versammelt, wahrscheinlich weil in Nord- und Mitteldeutschland Flüsse und Seen zugefroren sind.

Nah und Fern.

König von Württemberg contra Krzistetzko.

Aus Schlesien wird in Stuttgarter Blättern folgende niedliche Geschichte erzählt: Der König von Württemberg, der bekanntlich Besitzer des großen Rittergutes Karlsruhe in Oberschlesien ist, führt einen Prozeß gegen einen Bauern namens Krzistetzko. In der Vorhalle des Gerichtsgebäudes steht ein Mann in Pelz und Pudelmütze und liest den Terminaushang. Der Gerichtsdiener ruft auf: „König von Württemberg contra Krzistetzko." Der Mann, der den Aushang liest, geht auf den Gerichtsdiener zu, worauf dieser ihn mit würdiger Amtsmiene fragt: „Sind Sie der König von Württemberg oder sind Sie der Krzistetzko?"

Das Ende.

Aus Zuffenhausen wird berichtet: Als der 41 Jahre alte Magazinsarbeiter Peter Weiler heimkehrte, fand er seine Wohnung leer und hörte von Nachbarn, daß ein Onkel aus dem Bayerischen seine Frau und die Kinder (das Ehepaar hatte 5 Kinder im Alter von 4—14 Jahren) mitsamt dem Hausrat mitgenommen hätte, weil der viel vom Durst geplagte Mann für die zahlreiche Familie nicht genügend sorgte oder sorgen konnte. Darüber erbost, ging der Mann fort und trank wieder stark. Dann begab er sich in seine leere Wohnung zurück, stieg auf die Bühne hinauf und stürzte sich zum Laden heraus. Er blieb auf der Straße schwer verletzt liegen und mußte ins Ludwigsburger Krankenhaus geschafft werden. Dort ist er an einem Schädelbruch gestorben.

Verhüteter Bahnunfall.

Aus Mergentheim wird berichtet: An dem Samstag früh um 4.54 Uhr nach Lauda kommenden Personenzug Nr. 338 wurde ein Viehwagen abgehängt. Als auf demselben Gleis eine halbe Stunde später, 5.20 Uhr, der Berliner Schnellzug einfuhr, bemerkten zwei Arbeiter im letzten Moment, daß der Viehwagen noch auf dem Gleis stand. Einer lief dem Schnellzug entgegen, und so konnte dieser noch kurz vor dem Viehwagen zum Stehen gebracht werden. Der Viehwagen war von den Rangierern vergessen worden.

Kleine Nachrichten.

Die Zahl der Ausständigen im Londoner Kohlentransportgewerbe beträgt jetzt 15000. Die Arbeiter haben eine Resolution angenommen, in der erklärt wird, daß trotz aller Sympathie mit den Kranken und Leidenden für den Augenblick die Erlaubnis zur Versorgung der Hospitäler mit Kohlen verweigert werden müsse.

Gerichtssaal.

Zaberu, 23. Jan. Heute wurde der 57 Jahre alte Maurer und Fabrikarbeiter Hien wegen Gefangenenbefreiung, verübt während der Zaberner Straßenunruhen am 10. November, in Tateinheit mit tätlichem Angriff auf einen Polizeibeamten und Widerstands gegen die Staatsgewalt zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. — Der Rekrut, der z. Zt. wegen unbefugter Bekanntgabe dienstlicher Mitteilungen an die Presse bezw. wegen Unterschreibens der bekannten Mitteilung an den „Elsässer" mit 33 Tagen Mittelarrest bestraft worden war, wurde begnadigt. 25 Tage der zuerkannten Strafe hat er bereits verbüßt.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Lokales.

Wildbad, den 26. Januar.

* **Ski-Fest.** Das am gestrigen Sonntag veranstaltete Skifest nahm bei schönstem Winterwetter einen herrlichen Verlauf. Die seitens der Eisenbahnverwaltung eingelegten Sonderzüge brachten viel Fremde nach hier. Schon vom frühen Morgen an herrschte auf dem Sommerberge ein fröhlich-munteres Treiben. Nahezu 1000 Schneeschuhläufer waren hier am gestrigen Tage anwesend. Die Bergbahn beförderte 3404 Personen und hatte eine Einnahme von 800 Mark zu verzeichnen. Vom Wildbader Wintersportverein gingen als preisgekrönnt die Herren Metzger, Schmid und Rauleder hervor und beweist dieses, daß der Wintersport hier eine gute Pflegstätte hat Wir werden morgen noch ausführlich über Einzelheiten des Skifestes berichten.

* Am gestrigen Sonntag fuhr auf der Rodelbahn ein mit drei Personen besetzter Schlitten bei der Kurve über die Bahn hinaus, wobei alle drei Personen verunglückten. Die beiden Herren aus Ludwigsburg trugen Kopfverletzungen und Fußverstauchung davon, während die Dame aus Stuttgart eine Brustkorbquetschung erlitt. Die Sanitätler aus Pforzheim mußten in 7 Fällen Hilfe leisten.

Letzte Nachrichten.

Breslau, 26. Januar. In der vorletzten Nacht hat der 48jährige Dachdeckermeister Merz sich selbst, seinen 17jährigen Sohn Reinhold, seinen 3jährigen Sohn Paul, seine 14jährige Tochter Mathilde, seine 49 Jahre alte Schwester und deren 20jährige Nichte durch Leuchtgas vergiftet.

Ismail, 25. Jan. Da die Donau durch Eisblöcke und Schneemassen verstopft ist, trat eine Ueberschwemmung ein, die großen Schaden für die an den Flußufern ansäßige Bevölkerung Bessarabiens verursachte. Viele Häuser stehen unter Wasser.

Durban, 25. Jan. Die Eisenbahner haben in einer heute Vormittag abgehaltenen Versammlung beschlossen, die Arbeit morgen wieder aufzunehmen.

Ein dankbarer Gedanke gen Himmel ist auch ein Gebet.

* * *

Gar manches was nur Zufall scheint, steigt aus den tiefsten Quellen.

Druck und Verlag der Bernh. Hofmannschen Buchdruckerei in Wildbad. — Verantwortlich: A. Reinhardt daselbst.

Gedenket der hungernden Vögel!

Wildbad.

Bekanntmachung.

Das

Schüler- u. Volksbad

in der König-Wilhelm-Schule

kann nunmehr benützt werden.

Bestimmungen.

1. Die Benützung des Brause- und Bassinbades durch die Schüler erfolgt unentgeltlich. Die Badewäsche haben die Schüler mitzubringen.
2. Das **Brause- und Bassinbad** wird für Erwachsene wöchentlich 2mal, am **Mittwoch** für **Frauen** und am **Samstag** für **Männer,** Nachmittags je von 6—9 Uhr, in Betrieb gesetzt.
3. Die **Einzelbäder** sind wöchentlich 2mal, am **Mittwoch** für **Frauen** und am **Samstag** für **Männer,** je von nachm. 3—9 Uhr im Betrieb.
4. **Badpreise:**
   a. für 1 Bad im gemeinsamen Brause- und Bassinbad samt Badwäsche (1 Handtuch, 1 Badschurz und eine Badkappe) 20 Pf.
   b. für ein Einzelbad samt Badwäsche (1 Badtuch, 1 Handtuch, 1 Badkappe) 50 Pf.

Die Badkarten sind dem aufgestellten Automaten zu entnehmen und an den Schuldiener vor dem Bad abzugeben.

Die Bedienung der Badenden erfolgt bei Männern durch den Schuldiener, bei Frauen durch dessen Ehefrau. Für ihre Bemühungen erhalten die Bedienenden aus der Stadtkasse die Hälfte der anfallenden Badgebühren. Die Annahme von Trinkgeldern ist ihnen untersagt.

Wildbad, den 24. Januar 1914.

Stadtschultheißenamt: Bätzner.

Gewerbeschule.

Wegen der ärztlichen Untersuchung an der Volksschule wird der Unterricht von heute mittag auf Freitag mittag verlegt.

Oberreallehrer **Steurer.**

Im Beiführen von Holz

sowie zu sonstigen

Fuhrarbeiten

empfiehlt sich

Carl Maier, Villa Grossmann.

Telefon Nr. 34.

Teppiche

zum **Auslegen ganzer Zimmer** in ganz hervorragenden besten deutschen Fabrikaten und tonangebenden Neuheiten in

Tapestry, Mottled, Velvet, Tournay, Brüssel, Haargarn etc.

Läuferstoffe

in **Jute, Wolle, Velvet, Haargarn, Cocos etc.**
in allen Breiten

Ueber 300 Muster ständig am Lager

Abgepaßte Zimmer-Teppiche

in allen Preislagen

Bett- und Waschtischvorlagen

Linoleum

der

„Anker"-Marke Delmenhorst
Germania-Werke Bietigheim

Ph. Bosch, Wildbad.

Grosse Geld-Lotterie

des Museums für Völker- und Länderkunde zu Stuttgart. **6012 Geldgewinne 120000 Mk. 1 Hauptgewinn 50000 Mk.** Ziehung garantiert **4. und 5. Februar 1914.** Lose a 3 Mark, 5 Lose 14 Mark, 10 Lose 28 Mark

Große Friedrichshafener Geld-Lotterie zu Gunsten der Erbauung einer Uferstraße mit Gondelhafen. **2029 Geldgewinne 60000 Mark. 1. Hauptgewinn 30000 Mk.** Ziehung am **14. März.** Lose a 2 Mk., 6 Lose 11 Mk., 11 Lose 20 Mk.

Große Stuttgarter Geld- und Pferde-Lotterie. 3011 Geld- und 15 Pferdegewinne mit zusammen **100000 Mark. 1. Hauptgewinn 40000 Mark.** Ziehung garantiert **24. u. 25. April.** Lose a 2 Mk., 6 Lose 11 Mk., 11 Lose 20 Mk.

Zu haben bei

C. W. Bott.

Gelegenheitskauf.

Wegen Veränderung eines Teiles meines Ladens und Platzmangels verkaufe folgende Waren billigst:

Eine Partie schwarze, weiße u. farbige Hausschürzen
(Träger- und Latzschürzen) mit **20—25 Proz. Rabatt.**

Normalhemden
mit und ohne Kragen, per Stück **2.00** Mark

Farbige Frauenhemden und -Hosen, Unterröcke, Kinderschürzen in verschiedenen Größen.

Eine Partie **Watte** zu 12 und 15 Pfennig das Blatt. **Socken** von 50 Pfg. an. **Verschiedene Ellenwaren, Reste für Blusen und Kleider** von **35** Pfg an per Meter und noch verschiedene **kleine Artikel.**

Schwarze und farbige **Gummigürtel** per Stück **1** Mark. **Arbeitsblusen** für Mädchen, Größe 42—44, St. 1.50 Mk

Um zahlreichen Besuch bittet

Fritz Volz, König-Karl-Straße.

800000

Germanen

Das ist der Erfolg v. wenigen Jahren und ein Zeichen der hervorragenden Leistungen dieser Dauerbrandöfen; für jede Kohle geeignet. Garantiert sicherer Dauerbrand als auch für zeitweise Heizung.

In jeder Preislage vom einfachsten Blechmantelofen bis zu den vornehmsten Majolika-Oefen nach Künstler-Entwürfen in vielen Ausstattungen lieferbar. Fachmännischer Rat, sachgemäße Aufstellung.

Man fordere **Original-Verkaufsliste 1913** durch

Karl Güthler, Wildbad.

Ia. Ulmer Suppen-Flädchen

per Paket 25 Pfg. (für 6—7 Teller reichend).

Robert Treiber.

Bad-Anstalt Jungborn

Telefon 109. Telefon 109.

empfiehlt seine **Dampf-, Wannen-** und **med. Bäder, Massagen, Packungen usw.** der Einwohnerschaft von hier und Umgebung.

Den Krankenkassenmitgliedern besonders empfohlen.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Carl Schmid.

Vorherige Anmeldungen erbeten.

Wildbad, den 24. Januar 1914.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme, welche wir während der Krankheit und nach dem Hinscheiden unseres lieben Vaters, Großvaters, Urgroßvaters, Schwiegervaters und Onkels

Christoph Friedrich Bott, Flößer

in so reichem Maße erfahren durften, für die vielen Blumenspenden, die ehrenvolle Begleitung zur letzten Ruhestätte, den erhebenden Gesang der Herren Lehrer und den Herren Trägern sagen herzlichen Dank.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Familie Christian Kappelmann.

Turn-Verein Wildbad.

Dienstag, den 27. Januar

Kaiserfeier

verbunden mit

Bonus

im „Schwarzwald-Hotel".

Der Vorstand.

Ein goldenes

Uhrarmband

ist von der Bergbahn bis zum Sprunghügel verloren gegangen

Der ehrliche Finder wird gebeten, dasselbe in der Exped. ds. Blattes abzugeben. [9

Habe eine 3-Zimmer-

Wohnung

mit Zubehör auf 1. April oder sofort zu vermieten.

Näheres bei

Wilhelm Krauß, Maurer, Hohenlohestraße Nr. 227.

Gesucht

eine 3-Zimmer-

Wohnung

in guter Lage Wildbads, wenn möglich in der König-Karl-Straße, auf 1. April oder früher.

Offerten mit Preisangabe unter **E. L. 37** an die Exped. ds. Blattes.

Auf Lichtmeß

empfehle ich

Wachsstöcke

in reicher Auswahl.

Hermann Kuhn,
Hauptstraße.

Reifen

Limburgerkäs

empfiehlt

Chr. Batt, Ww.

Sparsame Frauen stricken nur Sternwolle

deren Echtheit garantiert dieser

Stern von Bahrenfeld

FABRIK- MARKE

auf jedem Etikett und Umband und die Aufschrift Fabrikat der Sternwollespinnerei Altona-Bahrenfeld

Neuheit Matadorstern

Aus reiner Wolle hergestellt
nicht einlaufend :: nicht filzend
Das Beste gegen Schweißfuß

4 Qualitäten

Auf Wunsch Nachweis von Bezugsquellen

Würmer!

bei Kindern und Erwachsenen beseitigt **Dr. Buflebs Würmol.** a Beutel 30 Pfg. Bei **Haus Grunduer Nchfl.** Drogerie, Hauptstraße 86.

Seifenpulver Schneekönig schont die Wäsche

Prima

Emmenthaler-, Rahm- und Limburgerkäs

empfiehlt

C. W. Bott.

Sanitasbrod

empfiehlt **Th. Bechtle.**

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw